

Erzieherinnen in Berlin fordern Tarifvertrag: Gewerkschaft droht mit Warnstreik

Erneut Warnstreiks in den städtischen Kitas: Verdi fordert bessere Arbeitsbedingungen und plant eintägigen Warnstreik, möglicher fünftägiger Ausstand im Juli. Demonstration vor dem Berliner Landesparlament geplant. Lesedauer: 2 Minuten.

Erneut werden Kitas in [Berlin von Warnstreiks betroffen sein. Die Gewerkschaft Verdi setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen ein und fordert Verhandlungen über einen Tarifvertrag. Sollte der Senat nicht nachgeben, sind weitere Streikmaßnahmen geplant.](#)

Der bevorstehende eintägige Warnstreik der Erzieherinnen und Erzieher in den städtischen Kitas in Berlin sorgt erneut für Einschränkungen bei der Betreuung der Kinder. Die Gewerkschaft Verdi und die Gewerkschaft für Bildung und Erziehung (GEW) erhöhen den Druck auf den Senat, um Tarifverhandlungen über eine verbesserte pädagogische Qualität der Kitas und die Entlastung des Personals zu erreichen.

Wird der Forderung nicht nachgekommen, plant Verdi einen fünftägigen Ausstand für den Zeitraum vom 8. bis 12. Juli. Bereits in den vergangenen Wochen kam es zu insgesamt sieben Streiktagen. Begleitet wird der Warnstreik von einer Demonstration vor dem Berliner Landesparlament, wo die Abgeordneten ihre letzte Sitzung vor der Sommerpause abhalten.

Die Verhandlungen gestalten sich schwierig, da Finanzsenator

Stefan Evers (CDU) die Warnstreiks als unnötig kritisiert und von der Kinder- und Elternbelastung spricht. Er argumentiert, dass das Land Berlin als Mitglied der Tariftgemeinschaft der Länder (TdL) keine eigenständigen tarifrechtlichen Regelungen treffen könne.

Auch Verdi äußert Kritik an dieser Haltung und bezeichnet sie als unglaublich. Verdi-Landesbezirksleiterin Andrea Kühnemann wirft Finanzsenator Evers vor, sich auf formale Argumente zu berufen und fordert einen ernsthaften politischen Willen für Verhandlungen.

In Berlin gibt es etwa 2900 Kitas, die meist von freien Trägern betrieben werden und rund 165.000 Kinder betreuen. Der Warnstreik betrifft jedoch nur die rund 280 städtischen Kitas, in denen etwa 7.000 Erzieherinnen und Erzieher für die Betreuung von etwa 35.000 Kindern zuständig sind.

Eltern müssen sich daher erneut auf eingeschränkte Betreuungsmöglichkeiten einstellen und Alternativen organisieren. Die Anliegen der Erzieherinnen und Erzieher stehen im Mittelpunkt des Streiks, sie setzen sich für bessere Arbeitsbedingungen, eine höhere pädagogische Qualität der Kitas und eine Entlastung des Personals ein.

Die aktuelle Situation verdeutlicht, wie wichtig die Arbeit des Kitapersonals ist und wie dringend Verhandlungen über einen Tarifvertrag erforderlich sind, um die Probleme in den Kitas langfristig zu lösen. Es bleibt abzuwarten, wie der Senat auf den Warnstreik reagieren wird und ob es zu einer Einigung kommt.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de